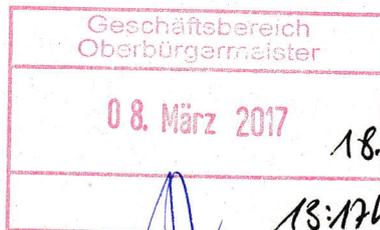


Büro des Oberbürgermeisters
Neues Rathaus
Trammplatz 2
30159 Hannover



In die Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Haushaltssatzung 2017/2018 (Drucks. Nr. 1685/2016)

Produktion und Verkauf von Marihuana nach der Legalisierung

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung erhält den Auftrag zu prüfen, welche Einnahmen für die Stadt durch die Produktion und den Verkauf von Cannabis-Produkten generiert werden können. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den bereits legalen medizinischen Verwendungszwecken und der in Zukunft zu erwartenden vollständigen Legalisierung von Marihuana. Derartige Möglichkeiten beständen beispielsweise durch die Begrünung von städtischen Gebäuden oder die Nutzung von Brachflächen.

Begründung:

Vor wenigen Wochen hat der Bundestag beschlossen, dass Cannabis-Produkte für Patienten in Zukunft von den Krankenkassen bezahlt werden. In den kommenden Jahren ist außerdem mit einer weiter gehenden Legalisierung von Cannabis zu rechnen. Die steigende Nachfrage nach Cannabis-Produkten kann die regionale Wirtschaft stärken, indem beispielsweise die Kommune die sichere Produktion und den kontrollierten Vertrieb übernimmt. Auch im südamerikanischen Uruguay übernimmt der Staat die Produktion von Cannabis. Der nordamerikanische Bundesstaat Colorado rechnet jährlich mit 578 Millionen Dollar Umsatz durch die Marihuana-Industrie und entsprechenden Steuereinnahmen in Höhe von 67 Millionen Dollar.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

08.03.2017